

# Erwirtschaftet der öffentliche Dienst nichts?

Über die Produktivität der Staatsdiener halten sich nach wie vor hartnäckige **Vorurteile**

Einer der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und zugleich Direktor des Institutes zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, Professor Klaus Zimmermann, hat sich am 7. März im Deutschlandfunk zu den Spielräumen von Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst geäußert. Das Interview begann mit einer klassischen Bewertung, die man getrost ein gängiges Vorurteil nennen kann: Der öffentliche Dienst gehöre „zu einer Branche, die ja selber nichts erwirtschaftet“. Unter anderem deshalb gebe es wenig Spielräume für Lohnerhöhungen, „auf keinen Fall mehr als ein bis zwei Prozent“, meinte der viel beschäftigte Professor.

Der öffentliche Dienst selbst erwirtschafte nichts? So mag man ja denken, wenn man das Vorurteil liebt, was öffentliche Verwaltungen und Schulen, was Landräte und Bürgermeister, was Einwohnermeldeämter und Wirtschaftsförderer im öffentlichen Dienst so täten, sei eh alles voller Bürokratie und eigentlich für die Katz. So mag man zu denken gelernt haben, wenn man, wie wir Ökonomen sagen, in monetären Größen denkt, also fragt: Woher kommt das Geld für die Beamten, die Angestellten und den Verwaltungsapparat.



**Albrecht Müller**  
*war unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes. Der Volkswirt arbeitet heute als freier Autor.*

Klar. Die werden aus Steuern bezahlt. Ohne Steuern und Abgaben, die bei privaten Personen und Unternehmen abgezweigt werden, können die öffentlichen Verwaltungen und die Schulen und Universitäten ihre Mitarbeiter/innen und ihre Sachkosten und Investitionen nicht bezahlen.

Als Laie mag man aus dieser Beobachtung schließen, vom öffentlichen Dienst werde nichts erwirtschaftet. So zu denken liegt nahe, weil wir auch im Alltag eher in Geldströmen zu denken lernen, und eben nicht in realen Größen von Dienst-Leistungen, die si-

multan mit der Produktion von Gütern und Diensten im privaten Sektor erstellt werden. Dass ein ausgewachsener Professor für Ökonomie so denkt, ist erstaunlich und sagt mehr über den ziemlich schlechten Zustand der herrschenden Lehre in der ökonomischen Wissenschaft unseres Landes als über die Sache selbst.

Selbstverständlich erwirtschaften die Menschen, die in staatlichen Einrichtungen, in Behörden und Schulen, in Universitäten und öffentlichen Unternehmen, in Wasserwerken und Verkehrsbetrieben arbeiten, Werte – anfassbare, jedenfalls konkret erfahrbare Produkte und Dienstleistungen. Das Einwohnermeldeamt registriert die Einwohner einer Kommune und gibt Personalausweise aus, die Baubehörden erarbeiten Flächennutzungspläne und Bebauungspläne, Lehrerinnen und Lehrer unterrichten unsere Kinder, sie bringen ihnen etwas bei, sagen wir umgangssprachlich. Und wenn sie das einigermaßen gut machen, dann können wir schon bei den ganz Kleinen feststellen: Sie lernen schreiben und lesen, und später dann noch viel mehr, Mathematik und Physik, Theaterspielen und Musik und andere Dinge, die wir bestaunen und bewundern, wenn wir kein Brett vorm Kopf haben.

Im öffentlichen Dienst werde nichts erwirtschaftet – das stimmt

rund um nicht. Es stimmt auch nicht die Vorstellung, die bei Zimmermanns Empfehlung zu niedrigen Lohnsteigerungen mitschwingt, dass es im öffentlichen Dienst keine Produktivitätsfortschritte gäbe. Der Mann hat keine Ahnung: Wenn zum Beispiel unsere Lehrer neue Unterrichtsmethoden anwenden, um mehr und mehr Kinder in den Unterricht einzubeziehen, und wenn sie unsere Jugend anleiten, selbst zu lernen, dann kann daraus ein bemerkenswerter Produktivitätszuwachs folgen.

Ein anderes Beispiel: Einwohnermeldeämter haben in den letzten 30 Jahren durch moderne Datenverarbeitung große Produktivitätsfortschritte erzielt. Und wenn eine Kreisverwaltung gut ist und sich bemüht, dann lernt sie bei der Flächennutzungs- und Bauleitplanung darauf zu achten, dass die Gemeinden von einer Kraut- und Rüben-Bebauung wegkommen. Da wird etwas erwirtschaftet, und in vielen Bereichen von Jahr zu Jahr mehr. Jedenfalls gibt es keinen Grund, den Wirtschaftssektor öffentlicher Dienst von der Einkommensentwicklung abzukoppeln. Das wäre auch dumm, weil wir alle auf qualifizierte Kräfte auch im öffentlichen Dienst angewiesen sind und auf dem Arbeitsmarkt der private und der öffentliche Sektor um die gleichen Kräfte konkurrieren.